

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

22.12.1868 (No. 301)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 22. Dezember.

N. 301.

Veranschlagung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gefaltene Zeile oder deren Raum, 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschliessung vom 15. d. Mts. nachbenannten königlich preussischen Offizieren und Beamten die folgenden Ordensdekorationen allergnädigst zu verleihen geruht:

- 1) Das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen mit Schwertern:  
dem General-Inspekteur der Artillerie, General der Infanterie von Hinderlin;
- 2) das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen;  
dem Direktor der Kriegs-Akademie, Generalleutnant von Gjel;
- 3) das Commandeurkreuz 2. Classe mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen:  
dem Chef der zweiten Abtheilung im großen Generalstab, Oberst Veit, und  
dem Inspekteur der 3. Pionier-Inspection, Oberst Leutnant;
- 4) das Ritterkreuz 1. Classe mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen:  
dem Direktor der Kriegsschule zu Engers, Oberlieutenant à la suite des Generalstabs von Zeuner,  
dem Direktor der Kriegsschule zu Kassel, Major à la suite des Generalstabs Noerband, und  
dem Mitglied des Kriegsministeriums, Major von Borries,  
dem Präses der 3. Remonte-Ankauf-Kommission, Major à la suite des 2. Leib-Husaren-Regiments Nr. 2, Graf von Pfeil;
- 5) das Ritterkreuz 1. Classe des Ordens vom Zähringer Löwen:  
dem vortragenden Rath im Kriegsministerium, Geheimen Kriegsrath Hauptmann a. D. Wischusen;
- 6) das Ritterkreuz 2. Classe des Ordens vom Zähringer Löwen:  
dem Geheimen expedirenden Sekretär im Kriegsministerium, Rechnungsratz Jendet.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 12. Dezember d. J. allergnädigst geruht, den Postcontroleur Friedrich Mal in Freiburg, aus dem Staatsdienst zu entlassen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Belgrad, 20. Dez. Die Regentenschaft eröffnete heute das Verfassungskomitee mit einer Thronrede, welche die Nothwendigkeit einer konstitutionellen Regierung, die Erspriechlichkeit des Zweikammersystems mit Ministerverantwortlichkeit und der hierdurch bedingten Pressefreiheit betont. Die Thronrede hebt hervor das souveräne Recht der Nationalversammlung zur Wahl der Dynastie, zur Ernennung einer Regentenschaft und zur Regelung der Thronfolge für den Fall, daß ein Herrscher sterben sollte, ohne Erben zu hinterlassen. — Morgen findet die Berathung hierüber statt.

† Florenz, 20. Dez. In der Abgeordneten-Kammer stellte Morelli den Antrag auf eine Enquete über die Tabaksteuer; dieselbe wird von der Kammer einer Kommission überwiesen werden. Die Oberrechnungskammer hat das Gesuch um Bewilligung einer Pension für den Admiral Persano verworfen. Für die morgen beginnende Berathung über das provisorische Budget sind 22 Redner für und gegen eingeschrieben.

† Paris, 20. Dez. Die „France“ sagt: Die neuesten Mittheilungen vom Petersburger Kabinett sind nach wie vor verständlicher und friedlicher Art. — Dem „Temps“ zufolge erklärt sich das Gerücht von einer Note Gortschakoff's als einer Unterhaltung desselben mit dem französischen Vorgesandten Baron Talleyrand. Bei dieser Unterredung soll der Fürst Gortschakoff ausgesprochen haben: Wenn die Türkei sich so anpruchsvoll zeige, so geschehe dies aus dem Grund, weil sie sich durch die Großmächte unterstützt glaubt. Wäre dieses Letztere aber der Fall, so würde Rußland das Recht haben, bei den gemeinsamen, auf die Verhütung eines Konfliktes abzielenden Schritten sich reservirt zu zeigen. Baron Talleyrand habe das Pariser Kabinett von dieser Unterhaltung auf telegraphischem Weg in Kenntniß gesetzt.

† Konstantinopel, 20. Dez. Photiades Bey, der abersianische Gesandte der Pforte in Athen, ist hier angekommen.

† Konstantinopel, 20. Dez. Abds. Die Pforte billigte das Verfahren Hobbart's vor Syra. Die Vorgesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs haben das Ersuchen des abreisenden griechischen Gesandten Deleanis, die Angelegenheiten der ausgewiesenen Griechen in Schutz zu nehmen, abgelehnt.

Washington, 19. Dez. (Reut. Office.) Der Senat nahm eine Resolution an, worin den Spaniern Sympathien für

ihre Bemühungen, eine freiere Regierungsform zu begründen, ausgesprochen, und dieselben dringend aufgefordert worden, die Sklaverei abzuschaffen.

## Deutschland.

Karlsruhe, 21. Dez. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 68 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Großh. Justizministeriums: a) Die Aufnahme des Referendars Hauger von Donauwörthingen in den Anwaltsstand betreffend. b) Die Wiederbesetzung des Notariatsbezirks Durlach I. durch den Notariatsassistenten Heinrich Buch, z. Z. Sportelvisitator bei Großh. Stenerdirektion, betreffend. 2) Bekanntmachungen des Großh. Ministeriums des Innern: a) Den Geschäftsbesitz der Rheinischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Mainz im Großherzogthum betreffend. Diese Gesellschaft, welche unterm 29. Nov. 1866 zum Geschäftsbesitz im Großherzogthum zugelassen worden, hat vom 1. Aug. d. J. an auf ihre Konzeption verzichtet. Die zu diesem Zeitpunkt bestehenden und seither noch hinzugekommenen Versicherungen dieser Gesellschaft samt allen damit verknüpften Rechten und Verbindlichkeiten den Versicherten gegenüber wurden von der Feuer-Versicherungsgesellschaft Providentia in Frankfurt übernommen, deren Generalagent Kaufmann Theodor Delehenz, in Firma „Lubberger und Delehenz“, in Karlsruhe unter dem 2. Okt. d. J. auch als Generalagent der Rheinischen Feuer-Versicherungsgesellschaft bestätigt worden ist. Der genannten Gesellschaft wird die von ihr hinterlegte Sicherheitssumme ausgesetzt werden, wenn nicht binnen vier Wochen von Seiten Beihiliger hiergegen Einsprache erhoben wird. b) Die Ueberzicht der Schülerzahl der Polytechnischen Schule im Studienjahr 1868/69 betreffend. 3) Bekanntmachungen des Großh. Handelsministeriums: a) Das Reglement für die Beförderung von Gütern, Fahrzeugen, außergewöhnlichen Gegenständen und Leichen auf den Großh. Staatsbahnen und den unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen betr. b) Die Ernennung von Mitgliedern des Landeskultur-Raths betr. Daburd werden zu Mitgliedern des Landeskultur-Raths auf die Dauer von vier Jahren ernannt: Geh. Rath und Professor Dr. Rau in Heidelberg; Professor Dr. Stengel in Karlsruhe; Professor Dr. Gemminghaus daselbst; Frhr. Franz v. Bodmann in Rohmann; Posthalter J. B. Dold in Billingen; Domänenverwalter Kleinpell in Bonndorf; Frhr. Bruno v. Lürsche in auf der Karthause bei Freiburg; Landwirth Friedrich Nottra in Kirchen; Frhr. Emil v. Schauenburg in Gaisbach bei Oberkirch; Bürgermeister L. Paravicini in Bretten; Gutsbesitzer F. Seipio in Mannheim; Frhr. v. Gemmingen auf Dammbach bei Eppingen; Fürst. Löwenstein'scher Domänenrath Jöhlich in Bronnbach bei Wertheim; Gutsbesitzer D. Stein auf dem Rudacher Hof bei Waldbrunn. 4) Bekanntmachung des Großh. Finanzministeriums: a) Die Staatsprüfung im Baufach betreffend. Darnach sind folgende Baukandidaten nach erstandener ordnungsmäßiger Staatsprüfung unter die Zahl der Baupraktikanten aufgenommen worden: S. Kachel von Karlsruhe, A. Beck von Kallatt, H. Ziegler von Karlsruhe, R. Kettig von Heidelberg. b) Die Tilgung des auf 3 1/2-prozentige Obligationen aufgenommenen Eisenbahn-Anlehens vom Jahr 1842 betreffend.

II. Dienstverordnungen: Die Stelle eines Eisenbahn-Expeditors bei der Main-Neckar-Eisenbahnstation Weinheim mit einer Besoldung bis zu 1200 fl. Die Stelle des Gerichtsnotars bei dem Großh. Amtsgericht Kadenburg.

Stuttgart, 18. Dez. Der „Staatsanzeiger“ publizirt unter gleichzeitiger Mittheilung der sehr eingehenden Motive nachstehenden Gesetzesentwurf über die religiösen Differenzenverträge:

Karl von Gottes Gnaden, König von Württemberg. Nach Anhörung unseres Geh. Rathes und unter Zustimmung unserer getreuen Stände verordnen und beschließen wir wie folgt: Einziges Artikel. Die Bildung religiöser Vereine, außerhalb der vom Staat als öffentliche Körperschaften anerkannten Kirchen ist von einer vorgängigen staatlichen Genehmigung unabhängig. Es steht diesen Vereinen das Recht der freien gemeinsamen Religionsübung im häuslichen und öffentlichen Gottesdienst, sowie der selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Dieselben dürfen jedoch nach ihrem Bekenntnis, ihrer Verfassung und ihrer Wirksamkeit mit den Geboten der Sittlichkeit und mit der öffentlichen Rechtsordnung nicht in Widerspruch treten. Alle mit gegenwärtigen Gesetzen nicht im Einklang stehenden, jedoch geltenden Vorschriften sind aufgehoben. Unser Minister des Kirchen- und Schulwesens ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben etc.

Stuttgart, 19. Dez. Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 19. Dez. Adressdebatte. Vormittags.

Abg. Sarwey vertheidigt sein Amendement (s. Karlsruh. Ztg. Nr. 297). Daß der Eintritt des Südens in den Nordbund nicht erstrebt werden könne, davon findet er die Schuld in der Verfassung des Nordbundes. Das Festhalten an den Verträgen erkenne er mit seinen politischen Freunden an; dagegen kann er nicht die Ueberzeugung der Nothwendig-

keit gewinnen, weitere Opfer von Seiten des Südens zu bringen, und hinsichtlich einer gemeinsamen Gesetzgebung die materiellen Interessen des Südens der Mehrheit des Nordbundes aufzuopfern. Es handle sich jetzt um die Festhaltung der Zollvereins- und der Allianzverträge, und das sei der Schwerpunkt der vorliegenden Berathung. Dies werde jedoch in den Anträgen der Mehrheit nicht genug betont. Das württembergische Volk und das süddeutsche Volk überhaupt wünsche und wolle das treue Festhalten an diesen Verträgen.

Abg. Deckerlen für den Mehrheitsantrag und gegen die Auffassung Sarwey's. Eine Hegemonie Preußens sei für Süddeutschland nicht wünschenswerth; den Eintritt in den Nordbund wolle Bayern nicht, Baden wolle, könne ihn aber nicht erlangen; warum Württemberg sich herabdrängen lasse, sei nicht abzusehen. Unter den vorliegenden Umständen erscheine eine Föderation des Südens als das einzig Gute und Nothwendige, eine wahrhaft konervative Schöpfung, denn es handle sich hier keineswegs um eine süddeutsche Republik, wie die Gegner sagen.

Abg. Schmid erklärt sich gegen die Adresse der Mehrheit. In bestimmen dazu der Abgrund der Gefahr, vor welchem man stehe, und der Eindruck, welchen die Annahme der Adresse der Mehrheit im Ausland machen müßte. Was denn die Adresse der Mehrheit wolle? Sie wolle den Südbund, und zwar mit offener Spitze gegen den Nordbund. (Widerspruch.) Der Südbund würde den süddeutschen Fürsten keinerlei Schutz geben; er konstatiere, daß das süddeutsche Volk den Südbund keineswegs wolle, und wenn Dem so sei, so sei das süddeutsche und das württembergische Volk nur geführt von seinem Genius. Früher habe gelten gesagt, der Südbund sei die klare Konsequenz der großdeutschen Idee. Diese Behauptung habe ihn höchlich überrascht. Er sage, der Südbund ist gar keine deutsche Idee. Der Südbund ist so alt als die Napoleonische Dynastie; der Südbund ist gar nichts Anderes, als die zweite Auflage des Rheinbundes. Es werde wohl angezogen, daß wir Alles zu befechtigen suchen, was die Verbindung des Südens mit dem Norden verhindere. Der Südbund sei eine notwendige Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts, wie jeder Bund; er sei nun sehr begierig, wie man die Verfassung dieses Südbundes sich denke: etwa wie der frühere Deutsche Bund? oder wie der Nordbund? oder wie die schweizerische Verbindung? oder fasse man diese Südbundsidee als eine Art von Offenbarung? Dies Letztere scheine ihm so. Für diesen Südbund möchte er die Selbständigkeit Württembergs in keiner Weise hingeben. Das Projekt des Südbundes sei nicht allein unausführbar, sondern es wäre eine wahre Gefahr für Württemberg.

Abg. Becher für den Südbund. Er möchte wünschen, daß Württemberg nur auf 1 Jahr in den Nordbund eintreten könnte, um dessen Segnungen aus Erfahrung kennen zu lernen.

Abg. Hölder rechtfertigt mit dem Wunsch nach allseitiger Verantwortlichkeit sein Amendement durch eine eingehende Erörterung über die politische Weltlage und die Kriegsgefahr, die sie in sich birge. Redner gibt zu, daß das Fortschreiten Preußens auf der eingeschlagenen Bahn zum Krieg führen könne; aber andererseits wäre es doch ein Schmach, wenn wir ob der Drohungen des Auslandes auf die nothwendig gewordenen Verwirklichung der nationalen Idee verzichten wollten. Uebrigens würde selbst ein absoluter Verzicht auf diese Verwirklichung der nationalen Idee uns die Gefahren eines Krieges doch nicht abnehmen. Es heiße jetzt: vorwärts oder rückwärts. Preußen könne nicht rückwärts gehen. Da die Weltwölfe am Himmel flöhe, deshalb spreche er es in dem Entwurf, welchen er empfehle, aus, daß gegen den äußeren Feind Alle mit ihrer ganzen Kraft einstehen werden. Was die Herren am Ministerisch betreffe, so wäre ihm eine offene Erklärung darüber, ob dieselben eine Fortentwicklung des nationalen Gedankens im Prinzip anerkennen, höchst willkommen, weil dies der einzig sichere Weg sei, dem Ausland mit Erfolg sich entgegenzustellen, und ebenso die Selbständigkeit Württembergs zu retten. Die Unsicherheit, das Schwanken in der deutschen Politik im jetzigen Augenblick, das müsse, dessen sei er überzeugt, nothwendiger Weise zum Verderben führen.

Abg. Mohl entwickelt die Nothwendigkeit, welche Württemberg von einem Eintritt in den Nordbund haben würde, sowohl in finanzieller als gesetzgeberischer Hinsicht. Daran knüpft er eine scharfe Polemik gegen die gegentheiligen Ansichten in der Kammer und im Lande. Wenn er nun auch den Eintritt Württembergs nicht will, so gibt er doch zu, daß im jetzigen Augenblick ein Südbund mit parlamentarischer Vertretung unausführbar ist. Das schließe aber nicht aus, daß die Regierungen das Heil nur in ihrer Verbindung finden. Was man immer sage: „entweder Nordbund oder Südbund, sonst können wir nicht bleiben“, das komme ihm ganz unrichtig vor; wenn es nicht anders gehe, so müsse man eben so fortzueilen. Aber suchen solle man wenigstens die Vereinigung zum gleichen Zweck mit unseren Nachbarn.

Abg. v. Sied für Festhaltung an den Verträgen und gegen den Südbund.

Abg. Mayer (vom „Beobachter“) vertritt den Mehrheitsantrag. Er stellt die Idee eines Südbundes, wie er von ihm und seinen Freunden erstrebt werde, noch als ein Postulat der Mäßigung hin gegenüber den Wünschen der republikanischen Fraktion der Volkspartei, da sie an dem monarchischen Gedanken festhalte. Freilich glaubt er, es werde eine Zeit kommen, wo die Monarchie sich eben so auflösen lasse, wie sich die Feudallasten auflösen ließen. Auf zweierlei Dinge macht Redner aufmerksam, ohne welche der Südbund auch für sie keinen Werth hätte: 1) Er dürfe nicht bloß ein Bund der Fürsten, er müsse ein Bund der Völker sein; ein Parlament sei die eine unumgängliche Bedingung. 2) Eine andere Oerdersorganisation müsse zu Grund gelegt werden als diejenige, welche in Norddeutschland und auch bei uns gelte. Die Verträge will Redner festhalten, aber sie so entwickeln, daß sie keine Bedrohung unserer Selbständigkeit und unserer Freiheit seien. Schließlich spricht er ein unzweideutiges Misstrauensvotum gegen Hrn. v. Bornhäuser aus, der den Allianzvertrag mit

Preußen nicht nur abgeschlossen, sondern ihm denselben sogar angetragen habe.

Minister Herr v. Arnhäuser wahr seinen Standpunkt als monarchischer Minister gegen die persönlichen Angriffe des republikanisch angelegten Vorredners und wirft einen Rückblick auf seine Thätigkeit in der deutschen Frage von 1866 bis auf das Zollparlament. Er fährt dann fort: Was nun das spätere Verhalten der k. Regierung Preußen gegenüber betrifft, so erkläre ich: es ist niemals von dieser Seite auch nur die geringste Andeutung gemacht worden, daß man uns in unserer Selbständigkeit fördern wolle. Ich frage Sie, was kann man in solchen Verhältnissen klügeres thun, als sich ruhig verhalten? Es kam kein Anlaß vor, der die guten Beziehungen irgend zu beeinträchtigen geeignet war, doch gewiß das Erfreulichste für Alle, welchen an der Selbständigkeit Württembergs gelegen ist. Bei mehreren sehr wichtigen Vertragsabschlüssen, sowie bei Besetzung der Poststellen, hat sich Preußen sehr entgegenkommend gegen uns gezeigt. Auch das Verhältnis zu unsern Nachbarstaaten ist durchaus ein freundliches. Speziell mit Bayern stehen wir im besten Einvernehmen. Wir bestreben uns, Alles, was sich als gemeinsame Thätigkeit darstellen kann, wo möglich gemeinsam zu besorgen. Freilich zeigt sich, wo die Interessen der Staaten kollidieren, eine ausgesprochene bayerische, württembergische, badische Tendenz, wie das in der Natur der Sache liegt. Nichtsdestoweniger hat z. B. Bayern bei Anlaß der letzten Eisenbahnverhandlungen uns Zugeständnisse gemacht, welche nur in der gemeinsamen Pflege des guten Einvernehmens ihre Begründung haben. Im Militärwesen sind wir befreit, eine gemeinsame Organisation durchzuführen, damit die süddeutschen Heere im Fall eines Krieges zusammenwirken können; aber nicht gegen unsere Brüder im Norden, sondern mit ihnen und für sie. Wenn wir deshalb uns bemühen, den preussischen Heeres-Einrichtungen uns zu nähern; so liegt das in der Bestimmung des deutschen Heeres, sich gemeinsam zu schlagen und in der bewährten Tüchtigkeit der preussischen Organisation. Wir verfolgen also konsequent den Weg, uns soweit zu einigen, als die Selbständigkeit der Staaten und die Eigenthümlichkeit der Interessen irgend zuläßt. Auch im Eisenbahntarif wird die Einigung erstrebt; aber hier sind einmal entgegengesetzte Interessen. Sie würden mir gewiß nicht gefatten, daß ich die württembergischen vernachlässige. Dagegen ist weiter das zu Stande gebracht, daß Bayern und Württemberg ihre Konsulate regelmäßig in eine Hand legen werden. . . . Die Staatsregierung will die Verträge mit Preußen treu und loyal halten, sie sollen nicht erfüllt werden, wie von einem säumigen Schuldner, sondern patriotischen Sinnes, im Geiste der nationalen Pflicht, die dadurch erfüllt wird. Dieser Geist ist es, der uns leitet, wenn wir das Heer in einen Zustand zu bringen suchen, der es ebenbürtig macht, an die Seite der andern deutschen Heere treten zu können, damit, wenn heute ein Krieg ausbricht, die württembergischen Fahnen sich nicht zu schämen haben. Auch hierin vertraut der König seinem Volke. Er kann es, ich werde darin keinen Widerspruch finden.

Die Vereinigung der süddeutschen Staaten, die von der Regierung verlangt wird, ist nichts Anderes als der Südbund. Hätte ich darüber einen Zweifel gehabt, die hier gehaltenen Reden hätten mich davon überzeugt. Also nicht bloß eine Verhändigung mit den Nachbarstaaten, die ja auch wir anstreben, sondern ein staatliches Gebilde. Ich frage nun, ist ein solches möglich? Wenn man sich das selbst denkt, wie der Hr. Abg. Karl Mayer, der hierin ganz konsequent ist, als süddeutsche Republik mit Anlehnung etwa an die schweizerische Eidgenossenschaft und bald vielleicht unter dem Protektorat einer noch größeren Macht, dann allerdings ist derselbe recht wohl möglich, wenn man das dafür bieten kann, was der Hr. Abgeordnete von Besigheim dafür geboten hat, „einige Kronen“. Ich aber, der ich den Eid geschworen habe, das unzerstörliche Wohl des Königs und Vaterlandes zu wahren, ich kann die Krone meines Königs nicht für den republikanischen Südbund bieten. Sehen wir aber ab von diesen Idealen und fragen uns, ob außerdem das staatliche Gebilde des Südbundes ein organisches Leben führen könnte? Sie werden mir zugeben, daß eine staatliche Organisation etwas zu thun, eine Kompetenz haben muß. Wie wollen Sie nun diese für Ihre Zentralgewalt, für Ihr Parlament bestimmen? Doch nicht geringer als die Kompetenz des norddeutschen Bundesrats? Dann müßten die Regierungen der süddeutschen Staaten an das Bundesorgan abtreten alle diejenigen Gegenstände, welche in den 15 Ziffern des Art. 4) der norddeutschen Bundesverfassung aufgeführt sind. Dabei haben Sie zu bedenken, daß Württemberg und Baden in den Bundesorganen gegenüber von Bayern stets in der Minorität wären. Sie müßten sich von Bayern vorzeichnen lassen, wie Sie die württembergischen Eisenbahnen, Telegraphen und Posten einzurichten haben u. s. w. Das ganze württembergische Volk würde gegen ein solches Experiment sich erheben. Die Bayern würden Bayern, die Württemberger Württemberger auch in einem solchen Bund bleiben. Die Majorität würde vor Allem für sich sorgen. Wenn Sie all die Gegenstände ins Auge fassen, welche dem Bund zufallen, so würde gewiß bald der Gedanke Platz greifen: wenn wir einmal solche Dinge haben sollen, so wollen wir sie lieber mit ganz Deutschland, als mit Bayern gemeinschaftlich haben.

Der Minister schließt: er habe den Standpunkt der Regierung dargelegt; er habe in keiner Weise verkehrt sein wollen, wie er sich denn gewöhnt habe, im Interesse der Wahrheit den Verhandlungen ruhig und aufmerksam zu folgen.

Abg. Probst erhebt sich in einer weitläufigen Kritik der bei dem Adressentwurf und der Adressdebatte hervorgetretenen Standpunkte. Seine Rede gliedert sich in folgenden Schlußsätzen: Die Großdeutschen haben das Bewußtsein, daß die Art und Weise, wie die Dinge in Deutschland jetzt sich gestalten, nicht sich konsolidieren dürfe, wenn sie von dem Standpunkt ausgehen, daß national sein nicht gleichbedeutend sei mit preussisch sein; sie müssen alle, die solchen Sinnes seien, ihnen die Hand reichen, um die berechtigte Stellung für Württemberg zu bewahren und sie zu Gunsten des ganzen deutschen Volkes festzuhalten. Viele Männer in Preußen sagen und schreiben seiner Partei: Ihr seid noch unsere einzige Hoffnung, auf eurer Haltung beruht die Freiheit des Volkes, bewahrt die Stellung, welche ihr eingenommen habt! Wir wollen aushalten, wir wollen unserer Pflicht nach unseren besten Kräften nachzukommen suchen; in diesem Sinne, meine Herren, nehmen Sie die von uns beantragte Adresse an.

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen schreibt die Kammer zur Abstimmung. Der Hölcher'sche Entwurf wird mit 64 gegen 23 und der Sarwey'sche mit 51 gegen 36 Stimmen abgelehnt, dagegen das Eingehen auf den Entwurf Probst's mit 46 gegen 41 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird aufgehoben, um Abends wieder zu beginnen.

Abendigung vom 19. Dez. Bei der nunmehr beginnenden

Spezialberatung zogen Mayer und seine Freunde ihre Verschärfungsanträge, ohne Zweifel in dem Bewußtsein, daß sie damit doch nicht durchbringen würden, zurück. Dagegen stellten v. Sieb und Andere verschiedene abgeschwächte Amendements zu den einzelnen Ziffern der Adresse, die theils angenommen, theils verworfen wurden. Dadurch entsprach nun freilich die Adresse dem nicht mehr, was die demokratische Partei sich Anfangs von derselben versprochen hatte, und als es zur Endabstimmung über das Ganze kam, wurde die Adresse mit 49 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Unter den mit Nein Stimmenden waren auch Mayer, Becker, Niehammer und Andere, gerade die, welche sich am meisten für eine Adresse bemüht hatten. Das merkwürdige Resultat der vierstägigen Adressdebatte ist also dies, daß gar keine Adresse an den König gerichtet werden wird.

München, 19. Dez. Die Abgeordnetenkammer nahm den Gesetzentwurf, die Verlängerung der Bürgerlandwehr bis 1870 betr., an und lehnte die Modifikationen Grämer's ab: den Termin auf den Mai 1869 festzustellen und einen zweiten Artikel (einseitige Dienstleistungen betreffend) anzufügen. Die Beratung des Gemeindegesetzes gelangte bis zum Art. 149. — Appellationsrath Stenglein wurde mit 153 gegen 9 Stimmen wieder zum Abgeordneten gewählt.

Berlin, 19. Dez. Sitzungen beider Häuser des Landtags vom 19. Dez.

Herrnhäus. Das Herrenhaus nahm einen Gesetzentwurf, betreffend die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst, an. Für die Vorlage traten Graf Bismarck und der Justizminister ein. Der landwirthschaftliche Minister brachte ein Fischerei-Polizeigesetz für die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Wiesbaden, ferner ein Jagd-Polizeigesetz ein.

Abgeordnetenhäus. Das Abgeordnetenhaus trat in die Spezialberatung des Etats der indirekten Steuern ein, und genehmigte mit 154 gegen 134 Stimmen den Antrag Bove's pro 1870 einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Schlags- und Maßsteuer und Erlass derselben durch eine Klassensteuer, beziehungsweise eine klassifizierte Einkommensteuer. Es entspann sich hierüber eine längere Diskussion, wobei der Regierungskommissar erklärte, die Staatsregierung könne dem Antrag, falls er angenommen würde, in keiner Weise Folge geben. Der Finanzminister bringt einen Gesetzentwurf ein, wodurch zur Verwendung von verfallenen Eisenbahnaktionen 500,000 Thlr. an die bergisch-märkische Bahn behufs des Baues zweier Eisenbahnstrecken überwiesen werden sollen. Präsident Forstner konstatiert die Unmöglichkeit, den Etat bis zum Beginn des künftigen Jahres zu erledigen. Er schlägt vor, die Sitzungen bis zum 7. Jan. zu vertagen. Der Finanzminister erklärt das Bedauern der Regierung über die Nichterledigung des Etats und kündigt an, die Regierung werde in der nächsten Sitzung eine Vorlage wegen Fortdauer des diesjährigen Etats einbringen. Die nächste Sitzung findet am 7. Jan. statt.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Dez. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: Zweitürkische Armee korps, in einer Mobilstärke von 30,000 Mann, rücken unter Dmer Pascha sowohl in Epirus als auch in Thessalien gegen die griechische Grenze vor. In Konstantinopel herrscht unter den dortigen Griechen große Bestürzung; sie wurden ausgewiesen und zum Theil bereits eingeschifft.

Ueberdies vernehmen wir, daß man nun auch im Kreise der Diplomatie die Lage besorglicher beurtheilt als bisher. Es scheint, daß man aufhört, Rußlands Haltung so konnivent zu finden, als man dies noch bis in die letzten Tage hinein gethan hat. Rußland strebte darnach, die beiden Westmächte zu trennen, und wollte England zu sich hinüberziehen, um mit diesem gemeinsam auf die Pforte zu drücken, damit diese ihre Bedingungen gegenüber Griechenland ermäßige. Das englische Kabinet lehnte diese Zumuthung ab. So blieb das türkische Kabinet fest, um so fester, als es in Ali Pascha's Charakter liegt, einmal gefasste Entschlüsse konsequent durchzuführen. Er lehnte daher auch seinerseits, als Rußland in Konstantinopel die Bedingungen für Griechenland mildern wollte, jede Aenderung des Ultimatums ab. So besorgt man denn, daß Rußland sich nun von den Westmächten, mit denen es im Grunde nie eins war, sondern es nur momentan scheinen wollte, trennen wird, zumal bereits bekannt ist, daß Gortschakoff sich offen geäußert hat, Rußland müsse auch als Schutzmacht eingreifen.

Von Oesterreich wird berichtet, daß es unaufhörlich beschönigend zu wirken bemüht war, und man erzählt uns, daß Graf Beust erst vor einigen Wochen, als die Pforte ein ähnliches Ultimatum, wie sie jetzt nach Athen gerichtet, an die rumänische Regierung zu adressiren Wien machte, den ganzen Einfluß Oesterreichs mit Erfolg angeboten, um dies abzuwenden. Der Reichskanzler weist darauf hin als auf einen Beweis, daß das österreichische Kabinet die Pforte von Konflagrationen abzuhalten bemüht war, damals wie jetzt.

Wien, 19. Dez. Die Pforte hat, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein, die Aufstellung eines größeren Beobachtungskorps gegen die rumänische Grenze und zu diesem Zweck die Einberufung der Rekruten angeordnet, zugleich aber der Regierung des Fürsten Karl den Ausdruck ihres festen Vertrauens ausgesprochen, es werde dieselbe, im Sinne ihrer vertragmäßigen Pflichten, Alles hintanzuhalten wissen, was ihr (der Pforte) die Nöthigung auferlegen könnte, der Wahrung ihrer zweifellosen Rechte den Nachdruck einer bewaffneten Aktion geben zu müssen.

### Rumänien.

Bukarest, 19. Dez. Die Pforte hat die rumänische Regierung angegangen, die Griechen des Landes zu verweisen. Die rumänische Regierung hat jedoch, in Betracht der Rechtsfrage des Neutralitätsprinzips, diese Genugthuung abgewiesen. Die Konsula werden die Schritte der genannten Regierung respektiven und bei ihren Regierungen rechtfertigen. — In den Kamern finden eben die Beratungen über das Budget statt.

### Schweiz.

In Basel haben Fabrikarbeiter (Bandweber) Strife gemacht und — geleitet von dem „internationalen Arbeiterverein“ — eine drohende Haltung angenommen. Die Regierung hat eine energische Proklamation an die Bevölkerung gerichtet, worin alle Freunde der Ordnung aufgefordert werden, beim ersten Alarmzeichen sich sofort (in Zivil) an bestimmten Orten der Stadt einzufinden. Bis jetzt ist es noch zu keinen Ruhestörungen gekommen. Am 20. d. haben Beratungen von beiderseitigen Vertrauensmännern begonnen. Die Bevölkerung, sehr verstimmt über diese von auswärts angeragte und dirigirte Arbeiterbewegung, steht entschieden zur Regierung.

### Italien.

Florenz, 19. Dez. Abgeordnetenkammer. Die Diskussion über den Gesetzentwurf, die Administration betreffend, dauert fort. Ferraris vertheidigt und erklärt das Verhalten der Opposition; er entwickelt sein Gegenprojekt. Caroti stattet seinen Bericht ab über die provisorische Bilanz, deren Diskussion auf Montag festgesetzt ist.

### Frankreich.

Paris, 20. Dez. Der heutige „Moniteur“ sagt: Wie wir gestern bereits angedeutet, scheint der Vorfall mit der „Ensis“ einer friedlichen Lösung entgegenzugehen. Die Großmächte, welche den Vertrag von 1866 unterzeichnet haben, fahren gemeinsam fort, in verständlichem Sinne zu wirken.

Es geht uns die Nachricht von folgenden Veränderungen in der französischen Diplomatie zu: Der Graf St. Baslier, ehemaliger Kabinetsekretär des Marquis v. Moutier, ist zum Gesandten in Stuttgart ernannt und ersetzt daselbst den Marquis v. Châteauneuf-Renard, der nach Dresden an die Stelle des Barons Forth-Pouen geht. Die erbettene Entlassung des Letztern ist angenommen. Hr. v. St. Ferréol, erster Gesandtschaftssekretär in London, übernimmt den Posten als Kabinetsekretär des Marquis v. Lavalette. Endlich ist Hr. Ducros-Rubert, früherer Unterdirektor des Kabinet des Marquis v. Moutier, zum Offizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Wir erfahren, daß die Untersuchung in der Angelegenheit des Kirchhofs Montmartre beendigt ist. Von den 30 durch den Untersuchungsrichter, Hrn. v. Sonet, verhörten Personen sind nur 6 verurtheilt worden, die übrigen freigesprochen; dies sind die Hh. Kellermann, Rémair, Moiffenet, Chauvière, König und Jelli. Sie sind beschuldigt, die Einnahmen wegen handgreiflicher Injurien gegen Polizeiaagenten, die Abtrennung wegen aufrührerischer Rufe und Einer wegen Verunglimpfung eines höheren Beamten der Verwaltung. Dieser Prozeß wird nächsten Mittwoch vor der 6. Kammer unter dem Präsidium des Hrn. Bivien zur Verhandlung kommen. Der Substitut, Hr. Aulois, wird die Funktion des öffentlichen Anklägers versehen.

Der Appellhof von Toulouse hat die Urtheile der Zuchtpolizeigerichte von Toulouse und Caixes dahin modifizirt, daß der „Indépendant du Tarn“ zu 300 Fr., der „Progrès libéral“ zu 500 Fr. und die „Emancipation de Toulouse“ zu 600 Fr. Geldbuße verurtheilt worden ist.

### Spanien.

Madrid, 18. Dez. Man schreibt dem „Constitutionnel“ u. A.:

Die Madrider Presse ist einstimmig, eine ernsthafte und unparteiische Untersuchung der Ursachen, welche die Cadixer Ereignisse herbeigeführt, zu verlangen. Es handelt sich in der That darum, zu wissen, ob das Bando des Generals Beralta von der Bevölkerung als eine Herausforderung von Seiten der Behörden betrachtet werden können. Was auch das Resultat der Untersuchung über diesen ersten Punkt sein möge, sicher scheint, daß der Gouverneur Beralta seinen Posten keinesfalls behalten kann. Man nennt bereits seinen Nachfolger und es wird dies eine neue, den Insurgenten gewählte Gemüthung sein.

Madrid, 18. Dez. Die von verschiedenen Punkten eingetroffenen Telegramme berichten, daß die Municipalitäten überall mit der größten Ordnung vor sich gehen. Das heutige Botum hat die Bildung der Bureauz zum Zweck. In fast allen Bezirken von Madrid gehören die ernannten Mitglieder der liberal-monarchischen Partei an. — Die „Correspondencia“ publizirt ein Telegramm des Gouverneurs von Leon, welcher die Entdeckung einer karlistischen Verschwörung anzeigt. Einige außerordentliche öffentliche Anschläge sind abgerissen worden, allein die Ordnung ward weder in der Stadt noch in der Provinz Leon gestört.

Madrid, 19. Dez. Die „Madrid. Ztg.“ veröffentlicht ein Telegramm, welches sagt, daß die Wahlen überall mit Ruhe und Ordnung vor sich gehen. In Castellon weigerten sich 80 Arbeiter zu arbeiten unter dem Vorwand, daß dies sie am Stimmgeben hindere, aber auf die Bemerkungen des Gouverneurs hat man sie gruppenweise abstimmen lassen. Man meldet aus Burgoß, daß die 6 noch übrigen Mitglieder der Karlistischen Bande verhaftet sind.

Die Nachrichten aus Lissabon bestätigen, daß eine Ministerkrise ausgebrochen ist. Der Finanzminister hat seine Demission gegeben.

Madrid, 19. Dez. Der „Correspondencia“ zufolge hat heute ein Aufruhr in Toro, bei Gelegenheit der Wahlen, stattgefunden. Die angegriffene Bürgermiliz stellte die Ruhe mit Hilfe der Gendarmen wieder her. Ein Mann wurde getödtet. Dasselbe Organ spricht von einem weit verzweigten Karlistischen Komplott, aber es glaubt nicht, daß die Schilderhebung in den ersten Tagen des Januar stattfinden wird. Die Karlistischen Führer sollen die Absicht haben, zu warten, bis der Kampf zwischen den verschiedenen liberalen Fraktionen lebhafter geworden ist, um dann ihr Banner als eine Hoffnung der Ruhe für das Land aufzuspflanzen.

### Belgien.

Brüssel, 19. Dez. Das heutige Bulletin der Ärzte des Kronprinzen lautet weniger günstig, als die früheren;

es sagt, das Befinden des Prinzen sei in dieser Woche nicht so befriedigend gewesen, wie in der vorigen. — Der Senat hat sich gestern auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem er eine Reihe von Gesetzen zum Budget für 1869 erledigt. Die Repräsentantenkammer hat das Budget der Justiz fast ohne alle Bemerkungen angenommen.

### Dänemark.

Das Wehrpflichtgesetz kann immer noch nicht zu Stande kommen. Das Landsting hat es allerdings am 15. Dez. in dritter Lesung mit 40 gegen 3 Stimmen genehmigt, aber am 17. Dez. beschloß das Volksting abermals mit 51 gegen 38 Stimmen, daß die Wehrpflicht eben so wie alle anderen wehrpflichtig sein sollen.

Kopenhagen, 18. Dez. Die dänisch-russische Telegraphen-Gesellschaft hat von der schwedischen Regierung die Zusage für die Konzeption, betreffend die Herstellung einer unterseischen Telegraphenleitung zwischen der schwedischen Küste und Finnland, erhalten.

### Levantepost.

Athen, 12. Dez. Das Insurrektions-Komitee unterhandelt in Amerika wegen eines Anlehens von 3 Millionen Francs. Aus Kanea unterm 7. d. wird gemeldet, daß die Unterwerfungen fortschreiten.

Konstantinopel, 12. Dez. Hobbart Pascha wurde beauftragt, griechische Schiffe zu visitieren und solche, die Kriegescontrebände oder Freiwillige an Bord führen, wegzunehmen.

Konstantinopel, 18. Dez. Die auf dem österreichischen Postdampfer heute Morgen hier eingetroffenen Reisenden griechischer Nationalität haben die Befreiung erhalten, das Land innerhalb der festgesetzten Frist wieder zu verlassen.

Konstantinopel, 19. Dez. Die bei der Pforte eingesezte Kommission hält täglich Sitzungen. Der Polizeiminister erhielt den Befehl, darüber zu wachen, daß die den Griechen zur Abreise zugestandene Frist eingehalten werde.

### Das türkische Ultimatum.

Die „Patrie“ bringt den Text der Note vom 10. Dez., welche der türkische Gesandte in Athen, Photiades, an den griechischen Minister des Auswärtigen, Hrn. Delhamis, gerichtet hat. Derselbe lautet:

Die Regierung Sr. Kaiserl. Maj. des Sultans glaubt nicht nötig zu haben, darzutun, zu versuchen, wie ausführlich und ernst ihr Wunsch ist, Verbindungen der Freundschaft und guten Nachbarschaft mit der Regierung der Griechischen Majestät zu halten. Die ganze Welt hat die Langsamkeit gesehen, wo die erbarene Pforte gegenüber der Falschung, welche ihrerseits von der griechischen Regierung während fast dreier Jahre angenommen wurde, Proben abgelegt hat. Die Geschichte der letzten Insurrektion auf Kreta ist bekannt. Ueberflüssig ist es, hier die Motivationen aufzuführen, die offensichtlich unter den Augen der griechischen Regierung durch Komites angezettelt wurden, welche ihren Sitz sogar in der Hauptstadt des Königreichs hatten, um die Rebellion auf Kreta trotz der übergroßen Mehrheit seiner Unterthanen zu nähren und zu unterhalten.

Die Geschichte der zivilisierten Nationen gibt uns kein Beispiel von der Mißachtung, womit das Völkerrecht von oben genannten Komites behandelt worden ist. Sie haben weder Drohungen noch Lügen gegen die armen Anzulamer gespart, um diese dahin zu bringen, ihre Waffen gegen ihren gesetzlichen Souverän zu ergreifen. Die in ihren Sold genommenen und von ihnen nach Kreta geschickten Banditen haben sich dort Handlungen der abscheulichen Räubereien gegen die Einwohner, die ihnen zu widerstehen wagten, überlassen. Durch Drohungen und indem sie diesen Drohungen unverstehliche Exekution folgen ließen, oder durch trügerische Versprechungen ist man dahin gelangt, einen Teil dieser unglücklichen Einwohner zu bestimmen, nach Griechenland auszuwandern, wo sie nur Elend und Leiden gefunden haben. Enttäuscht, gedrängt vom Elende, und da sie sahen, wie vollkommene Sicherheit in ihrem Vaterland herrschte, haben diese unglücklichen Ausgewanderten verlangt und verlangen noch mit lauter Stimme, wieder in ihr Vaterland zurückzukehren. Vergleichen sie, man möge sie ihren eigenen freien Willen genießen lassen. Vergeltens thut die hohe Pforte seit zwei Jahren bei der griechischen Regierung dringende Schritte, um ihre Freiheit zu erlangen. Der größte Teil bleibt noch festwährend allen Arten von Verationen und von Elend ausgeleitet, und die kleine Zahl, welche hat zurückkehren können, hat dieses nur um den Preis ihres Blutes vermocht.

Die Wiederherstellung der Ruhe auf Kreta und der Todeskampf, in welchem die wenigen Freiwilligen, die noch auf den Gipfeln der Berge der Insel sind, kämpfen, haben die griechischen Führer bestimmt, um jeden Preis die Rückkehr der Ausgewanderten nach ihren Wohnstätten zu verhindern und neue Banden Freischaren zu bilden, um die öffentliche Meinung über die gänzliche Verhinderung der Insel zu schärfen.

Diese kurz gefasste und treue Darlegung der Lage scheint uns hinreichend, um jeden unparteiischen Beurtheiler zu überzeugen, daß es sich keineswegs darum handelt, ein unterdrücktes Volk zu befreien, sondern eine ganze Bevölkerung im Interesse des Ehrgeizes eines benachteiligten Staats zu unterdrücken und zu quälen. Die während mehr als zwei Jahren gewechselten Schriftstücke zeugen laut von dem Geiste der Veröhnung, von dem wir uns gegenüber der Regierung Sr. Maj. des Königs Georg befehligt gezeigt, so wie wir dessen inneren Schwierigkeiten sehr große Rechnung getragen haben. Die Opfer jeder Art, welche die hohe Pforte sich auferlegt hat, um ihren Gefühlen der Mäßigkeit nicht zu widersprechen, sind der ganzen Welt bekannt. Alle unsere bei der königl. Regierung gethanen Schritte haben wir unverändert als Antwort, entweder eine einfache Zurückweisung oder das Anerkennen der Ohnmacht, den Ausschlag einer Partei zu unterdrücken, die Alles den Forderungen ihrer Leidenschaft unterwerfen will, erhalten. Dieser Zustand der Dinge verschlimmert sich im gegenwärtigen Augenblick in Griechenland. Die letzten Ereignisse haben das Gebäude zerstört und haben der kaiserl. Regierung alle Hoffnung auf eine rasche Rückkehr von Seiten Griechenlands zu den Bestimmungen der Gerechtigkeit und der Achtung vor dem Völkerrechte genommen.

In der That, welche Hoffnung könnten wir noch haben: 1) gegenüber der offenen, von der Rednertribüne aus dem Mund eines gewissen Ministers gegebenen Erklärung, daß ein Teil der

letzten Anleihe zum Ankauf eines Schiffes, der „Kreta“, verwendet werde, die gegenwärtig zum Transport der Freiwilligen und Munition nach Kreta zum Gohn aller internationalen Rechte dient, einer Erklärung, die in so erster Weise den Zusicherungen widerspricht, die uns von der Regierung des Königs erteilt worden waren;

2) gegenüber einer ministeriellen Rede, welche deutlich den Entschluß verkündigt, daß die Idee der Einverleibung der Insel Kreta in Griechenland erstrebt wird;

3) gegenüber der unerhörten Festigkeit, womit man die aus freiem Antrieb und freiwillig verlangte Heimkehr der freiwilligen Freiwilligen zu verhindern sucht;

4) gegenüber der Hartnäckigkeit, welche die königl. Regierung zeigt, diese Gewaltthatigkeiten nicht zu beenden;

5) gegenüber der Bildung neuer Freischaren, die sich nicht bloß ohne den geringsten Widerstand von Seiten der Behörden, sondern mit deren fast offen eingestandener Beihilfe bilden;

6) gegenüber der Erfolglosigkeit unserer so oft wiederholten Vorstellungen;

7) gegenüber der mehr und mehr hervortretenden und nicht mehr verhaltenen ehrgeizigen Richtung der Parteien in Griechenland;

8) gegenüber der Ungestirtheit, welche bei den hellenischen Behörden die Urheber von Angriffen gegen ottomanische Offiziere, Soldaten und Unterthanen, welche auf dem Gebiet des Königreichs ermordet oder mißhandelt wurden, finden?

Die kaiserl. Regierung würde ihre heiligsten Pflichten außer Acht lassen, wenn sie sich noch ferner den Illusionen überlassen wollte, die ihr bereits so viele Opfer gekostet haben.

Wenn demnach die Regierung Sr. Maj. des Königs in der Frist von fünf Tagen, von heute an gerechnet, nicht die förmliche Verpflichtung übernimmt:

1) sofort die in verschiedenen Gegenden des Königreichs gebildeten Freischaren zu zerstreuen und die Bildung von neuen zu verhindern;

2) die Korakensschiffe „Enosis“, „Kreta“ und „Panhellenion“ zu entwaffnen oder auf jeden Fall ihnen den Zugang zu den hellenischen Häfen zu untersagen;

3) den freiwilligen Emigranten nicht bloß die Erlaubnis zur Heimkehr zu bewilligen, sondern ihnen auch die nötige Hilfe und Schutz angedeihen zu lassen;

4) gemäß dem Geistes derjenigen zu bestrafen, welche sich des Angriffes gegen ottomanische Militärs oder Unterthanen schuldig gemacht haben, und den Familien der Opfer dieser Angriffe eine gerechte Entschädigung zu bewilligen;

5) fortan ein Verfahren zu beobachten, welches den bestehenden Verträgen und dem Völkerrechte gemäß ist;

so hat der unterzeichnete auserord. Gesandte und bevollm. Minister der hohen Pforte in Folge des Befehles Sr. Kaiserl. Maj. des Sultans, seines erhabenen Herrn, mit Bedauern Sr. Excellenz dem Minister des Auswärtigen Sr. hellenischen Majestät fund zu thun, daß die ottomanische Gesandtschaft in Athen und die in Griechenland residierenden Konsuln unverzüglich das hellenische Gebiet verlassen werden.

Da in natürlicher Folge dieses Entschlusses die diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland Unterbrechung erfahren werden, so werden der hellenische Gesandte, das Gesandtschafts- und Kanzleipersonal in Konstantinopel, sowie die griechischen Konsuln im ottomanischen Reich ihre Pässe erhalten.

Die Unterthanen der betreffenden beiden Staaten sollen das Land, wo sie wohnen, binnen 14 Tagen, von dem Tag der Anzeige des Bruches der Beziehungen an gerechnet, verlassen, und das Einlaufen in ottomanische Häfen wird der hellenischen Flagge von diesem nämlichen Datum an untersagt sein.

Der Unterzeichnete ergreift die Gelegenheit u. s. w.

### Baden.

S Pforzheim, 19. Dez. Seit mehreren Wochen herrscht in dem Dorf Dietlingen unter dem Rindvieh die Lungenseuche. Trotz den von den Behörden ergriffenen ernstlichen Maßregeln — wovon insbesondere hervorzuheben ist, daß für alles gedöbete Vieh, das entweder krank, oder doch der Ansteckung verdächtig ist, aus der Staatskasse volle Entschädigung geleistet wird — konnte dem Uebel noch nicht Einhalt geboten werden. Freilich wirkte den getroffenen Maßnahmen neben ungünstigen örtlichen Verhältnissen auch eine beklagenswerthe Inolenz von Seiten eines Theiles der Einwohnerschaft entgegen. Der Ertrag für die Wasserbeschädigten in der Schweiz erreicht hier bis jetzt die Summe von über 1200 fl.

Heidelberg, 18. Dez. (N. B. L. Ztg.) Mit der Herstellung eines zweiten Schienengleises an der Oberrheinischen Bahn wird jetzt der Anfang gemacht. Die Vorarbeiten sind hier bereits im Gang. Morgen werden sämtliche Arbeiten für die Strecke bis Medesheim in Submision gegeben.

Heidelberg, 16. Dez. (Fr. Z.) Am vorigen Sonntag hatten wir hier eine von A. v. Schweiger veranstaltete Versammlung des deutschen allgemeinen Arbeitervereins. Vorbereitet war sie von dem hier bestehenden Schneiderverein unter der Leitung von Viehl und Sommer, welcher den kassallischen Grundbesitzern zugehen ist, und präsidiert von einem Hrn. Ullmann. Auswendig des erwähnten Vereins von Mainz, Mannheim und in erster Reihe Maschinenbauer Hansenstein von Offenbach trugen ihre Empfehlungen der Vereinsgrundzüge mit obligaten Angriffen und Schmähungen auf die Gegner in der bekannten phrasen- und schwindelhaften Weise vor. Im überfüllten Saal des „Haulen Pels“ hatten sich denn auch zahlreiche Gesinnungsgenossen eingestellt, welche den Kraftstellen um so lauterer Beifall spendeten, je fanatischer sie klangen (S. B. Wir wollen nicht die blaue, sondern die rote Republik. Es muß tabula rasa gemacht werden“). Der Redekampf dauerte von 4 Uhr Nachmittags bis halb 9 Uhr Abends, wurde aber durch den leitenden Vorstand stets in den Schranken der Ordnung und des Anstandes gehalten. An Reizung zum Gegenseitigen fehlte es nicht. Als Professor Santor von hier seine gründlich belehrende und berichtende Gegentunde mit den Worten begann: er hoffe nicht, daß man in dieser Versammlung zu befürchten habe, hinausgeworfen zu werden, wurde „hinaus!“ gerufen, doch vom Vorsitzenden die unbeschränkte Redefreiheit kraftvoll aufrecht erhalten. Professor Wundt züchtigte mit strengen Worten das fanatische Gebahren der Kassallener und die Verleumdung, sich durch die vom Staat zu unterstützenden Produktionsgesellschaften in Abhängigkeit von denselben zu begeben. Wenn auch beim Schluss einige in den Verein eintraten, hatte sich doch im Allgemeinen gezeigt, daß Heidelberg kein günstiger Boden für Kassallenschweizerische Ernten sei.

Mannheim, 20. Dez. (N. B. L. Ztg.) Der hiesige Konsumverein gewinnt von Monat zu Monat an Bedeutung. Im No-

vember erreichte der Totalumsatz bereits die ansehnliche Höhe von 5596 fl. 48 kr. gegen 5191 fl. 24 kr. im vorhergehenden Monat und verteilte sich derselbe mit 2372 fl. 55 kr. auf den Markenerwerb, mit 3223 fl. 53 kr. auf das Ladengeschäft. Die Mitgliederzahl hat sich im verflossenen Monat wieder um 17 vermehrt; ein Austritt hat nicht stattgefunden. Das Vermögen der Mitglieder ist auf 4525 fl. angewachsen und repräsentirt 905 Stück Antheilscheine à 5 fl., die mit 5 Prozent verzinst werden.

Sasbach a. Rh., 16. Dez. (Fr. Ztg.) Gestern ist an dem in der Vereinbarung zwischen der Großh. badischen und der kaiserl. französischen Staatsregierung vom 30. Sept. 1860 bestimmten Rheinüberfahrtsstelle zwischen hier und der jenseitigen Kantonsstadt Marolsheim eine fliegende Fähre neu hergestellt, die Ueberfahrt mit dem besten Erfolg sogleich bewirkt worden und durch die schnelle Beförderung der Personen und Waaren bei einer Strombreite von 800 Fuß in fünf Minuten hin und her — gegen die frühere lange und kostspielige Verzögerung einem empfindlichen Uebelstand nunmehr abgeholfen.

### Vermischte Nachrichten.

München, 18. Dez. (N. B.) Die Anklage gegen die Redakteure des „Nürn. Anzeigers“ wegen Beleidigung des Generalleutnants v. Hartmann, dessen Kommandoführung im Krieg von 1866 betreffend, ist heute vor dem Schwurgericht in Ansbach verhandelt worden. Die Angeklagten sind freigesprochen worden.

Berlin, 19. Dez. Die „Zukunft“ meldet: In der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre der „Zukunft“ ist die Auflösung der bisherigen Aktiengesellschaft mit Ende dieses Jahres beschlossen worden; als Liquidatoren sind die drei Geschäftsinhaber (J. Friedländer, v. d. Leeden und G. Weiß) und das Gesellschaftsmitglied Kaufmann Levy bestellt; endlich die Befugnis, die „Zukunft“ unter demselben Titel nach dem 1. Jan. weiterzuführen, dem Dr. Joh. Jakoby zugesprochen worden. Sämtliche Beschlüsse erfolgten einstimmig. Das Weitererscheinen des Blattes steht jetzt außer Zweifel.

Pesth, 16. Dez. Der Kommandirende von Ungarn, Fürst Lichtenstein, hat folgenden Zirkularbefehl erlassen. Nachdem nach den Wehrgeetzen beider Reichshälften die Strafe der körperlichen Züchtigung und die Kettenstrafe nicht mehr vorgenommen werden darf, wird die Kriegsministerial-Verordnung vom 22. Jan. 1867 bezüglich der ersteren Strafe in der Armee und im Militär-Stranggebiet aufgehoben. Die Strafe der körperlichen Züchtigung hat weder im gerichtlichen, noch im Disziplinarweg mehr verhängt zu werden. Noch nicht vollzogene Urtheile, die auf körperliche Züchtigung lauten, sind sammt Akten dem Militärgericht behufs Bestimmung einer Freiheitsstrafe vorzulegen. Die Ketten sind Allen Sträflingen abzunehmen.

w. Mannheim, 17. Dez. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, effektiv hies. Gegend, 200 Jollpfd. 11 fl. 10 G., 11 fl. 20 P., ungarischer 11 fl. bis 11 fl. 15 G., 11 fl. 20 P., fränkischer 11 fl. 30 G., 11 fl. 45 P. — Roggen, eff. 9 fl. 40 G., 9 fl. 50 P. ungarischer — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, effektiv hiesiger Gegend 10 fl. — G., 10 fl. 6 P., ungarische — fl. — G., 10 fl. 15 P., württembergische 10 fl. — G., 10 fl. 15 P., Pfälzer prima 10 fl. 24 G., 10 fl. 36 P. — Hafer, eff. 100 Jollpfd. 4 fl. 24 G., 4 fl. 30 P. — Kernen, eff. 200 Jollpfd. — fl. — G., 11 fl. 30 P. — Delfamen, deutscher Kohlraps — fl. — G., 18 fl. 15 P. — Wollen — fl. — G., 12 fl. 30 P. — Finsen — fl. — G., — fl. — P. — Erben — fl. — G., — fl. — P. — Widern — fl. — G., — fl. — P. — Klebsamen, deutscher I. 26 bis 27 fl. — G., — fl. P., II. — fl. G., 24 fl. 30 bis 25 fl. 30 P., Luzerner — fl. G., — fl. P. — Cyparsette — fl. — G., — fl. — P. — Del. (mit Fas) 100 Jollpfd. Leölöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 20 fl. — P., fahweise — fl. — G., 20 fl. 15 P. — Rüßöl, effektiv Inland, fahweise — fl. — G., 19 fl. 20 P., in Partien — fl. — G., 19 fl. — P. — Mehl 100 Jollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 11 fl. 12 P., Nr. 1 — fl. — G., 10 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — G., 9 fl. — P., Nr. 3 — fl. — G., 6 fl. 45 P., Nr. 4 — fl. — G., 6 fl. — P., norddeutsches im Verhältniß billiger. — Roggenmehl, Nr. 0-1, Stettiner — fl. — G., — fl. — P. — Brauntweizen, eff. (50% n. L.) transit (150 Litres) — fl. — G., 18 fl. 30 P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 14 fl. — G., 14 fl. 15 P.

Weizen, Roggen und Hafer unverändert. Gerste ruhig. Rüßöl und Leinöl behauptet, Petroleum fest.

Frankfurt, 21. Dez. — Uhr — Min. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 226, Staatsbahn-Aktien 295 1/2, National 51 1/2, Steuerfreie 50, 1860er Loose 74 1/2, Oesterr. Valuta 97 1/2, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 78 1/2, Gold —.

Ansbach, 15. Dez. Bei der heutigen Gewinnziehung des Ansbach-Gunzenhauser Eisenbahn-Anlehens sind auf nachstehende Serien und Gewinnnummern die beiseite gelassenen Gewinnste gefallen: Serie 1315 Nr. 45 8000 fl., S. 193 Nr. 45 1000 fl.; S. 301 Nr. 25 500 fl.; S. 1016 Nr. 44, S. 1562 Nr. 25, S. 2238 Nr. 25, S. 3334 Nr. 3, S. 4551 Nr. 14 je 100 fl.; S. 145 Nr. 3, S. 193 Nr. 46, S. 301 Nr. 13, S. 587 Nr. 31, S. 1562 Nr. 2, S. 2299 Nr. 23, S. 3190 Nr. 30, S. 3334 Nr. 23, S. 3704 Nr. 31, S. 4853 Nr. 36 je 50 fl.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

19. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 8,37	+ 4,5	S.W.	ganz bew.	trüb, neblig, Rgrt.
Mittags 2 „	„ 8,80	+ 5,5	„	„	regnerisch
Nachts 9 „	„ 8,63	+ 5,5	„	„	frisch
20. Dez.					
Morgens 7 Uhr	27° 8,40	+ 4,5	S.W.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	„ 8,50	+ 6,0	„	„	Sonnensch., frisch
Nachts 9 „	„ 8,53	+ 3,5	N.O.	„	sternhell, frisch

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 22. Dez. 4. Quartal. 141. Abonnementvorstellung. Der Wasserträger, Oper in 3 Akten, von Cherubini. Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

